



ACHTUNG VOR DER MEINUNG DES KINDES

Die „Achtung vor der Meinung des Kindes“ ist eines der Rechte der Kinder, festgeschrieben in der UN-Konvention über die Rechte des Kindes. Die Stiftung Kinderdorf Pestalozzi unterstützt eine landesweite Umfrage mit 1260 Kindern, deren Ergebnisse in den Schattenbericht zur Umsetzung der UN-Konvention in Mazedonien einfließen werden.

Das grundsätzliche Recht von Kindern und Jugendlichen auf Partizipation im öffentlichen Leben und auf Beteiligung an politischen Prozessen wird in den wenigsten Fällen konsequent umgesetzt und gefördert. Selbst in der Schweiz kann nicht davon gesprochen werden, dass Kinder und Jugendliche ihre Interessen auf Gemeinde- oder Kantons-ebene einbringen können.

Fast alle Staaten der Welt haben die Kinderrechtskonvention ratifiziert und versprochen, die Rechte der Kinder umzusetzen. Damit gewinnen die Belange und Interessen der Kinder an Verbindlichkeit. Allerdings bedeutet die Tatsache der Ratifizierung nicht, dass es in den unterzeichnenden Staaten nicht noch immer massive Verletzungen der Kinderrechte gäbe. Hunderttausende Kinder der

Roma wachsen zum Beispiel mitten in Europa in Ghettos auf, ohne gute Ausbildung und Perspektiven. Dies ist nicht allein eine Katastrophe für die Betroffenen. Ablehnung, Frustration und Aggression können sich aufschaukeln. Die sozialen und politischen Folgekosten sind enorm. Gewalt gegen ethnische Minderheiten und zwischen ethnischen Gruppen ist in der Region an der Tagesordnung.

Die Stiftung Kinderdorf Pestalozzi hat deshalb in ihren Programmaktivitäten in Südosteuropa (Mazedonien, Serbien, Rumänien und Moldawien) die Kinderrechte in den Mittelpunkt gestellt. In Mazedonien unterstützt sie die Erstellung eines Schattenber-



richtes zur Situation der Kinderrechte. Die Entwicklung des Schattenberichtes ist Lobbying und Anwaltschaft für die Kinderrechte auf höchster Ebene, beim UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes (siehe auch „Ausblick“).

Im Schattenbericht begleiten Nicht-Regierungsorganisationen kritisch den erforderlichen Regierungsbericht über die Umsetzung der Konvention im jeweiligen Land. Mit dem Bericht sind die NGOs aufgefordert, Stellung zuhanden des zuständigen UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes zu nehmen.

Partnerorganisation der Stiftung Kinderdorf Pestalozzi ist SEGA, eine Vereinigung von 28 lokalen Jugendorganisationen. Verteilt über das

ganze Land werden sie Interviews mit Kindern und Jugendlichen im Alter von 10 bis 18 Jahren, Elterngruppen sowie VertreterInnen lokaler Institutionen und Behörden führen. Eine umfassende Datensammlung soll aufzeigen, was bisher bei der Umsetzung der Kinderrechte erreicht wurde – und wo die grossen Lücken bestehen. Die Gesetzgebung und staatliche Dokumente werden vor allem in folgenden Bereichen unter die Lupe genommen: Allgemeine Massnahmen zur Umsetzung der Kinderrechte (Öffentlichkeitsarbeit, Zusammenarbeit mit NGOs, Arbeit des nationalen Komitees, Anpassung der Gesetze), Beteiligung und Partizipation der Kinder am öffentlichen Leben und in der Politik, die Qualität der Bildung, Möglichkeiten alternativer Bildung und interkulturelle Bildung. Ein spezieller Fokus wird auf die Artikel 13, 14 und 15 gelegt: die freie Meinungsäusserung, Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit sowie die Versammlungsfreiheit.

Eine Liste der lokalen Institutionen, die sich mit Anliegen der Kinder beschäftigen sowie deren Tätigkeiten und Prozesse wird erstellt. Alle Ergebnisse fliessen in den Schattenbericht, der im November 2009 fertig gestellt und dem UN-Ausschuss für die Kinderrechte eingereicht wird.

Der aktuelle Schattenbericht wird den offiziellen Bericht begleiten, welchen die Regierung 2008 zuhanden des UN-Ausschusses eingereicht hat. Es ist der zweite in der mazedonischen Geschichte. Nach dem ersten Bericht 1996 empfahl der UN-Ausschuss der Regierung, allgemeine und koordinierte Massnahmen zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte der Kinder zu ergreifen. Die Regierung antwortete 2003 darauf mit der Einsetzung eines nationalen Komitees zur Umsetzung der Kinderrechte. Ein Aktionsplan wurde ausgear-

beitet, dessen Zielsetzung sich wie ein Wunschkatalog liest: Standards gegen Diskriminierung, Senken der Kinderarmut, Erreichen hoher Standards in Bildung, Gesundheit und Wohlfahrt. Der Zeitraum ist ebenso grosszügig bemessen, bis 2015.

Umso weniger ist bisher in der praktischen Umsetzung der Kinderrechte geschehen. Die Aktionen scheinen unkoordiniert, auf lokaler Ebene sind sie wenig oder nicht vorhanden.



Gewalt, Missbrauch und Kinderhandel sind alltäglich. In der Bildung ist eine zweckmässige Infrastruktur nichtexistent. Unterricht in der Muttersprache, interkulturelle Bildung und Respekt der verschiedenen Ethnien zueinander sind kaum vorhanden; es sei denn Nicht-Regierungsorganisationen setzen sich dafür ein.

Eine Untersuchung des Ombudsbüros über die Kinderrechte brachte erschreckende Zahlen über Misshandlungen und Verletzungen der Kinderrechte, auch in Schulen, zutage. Das neue Konzept des Bildungsministeriums sieht zwar für die Primarstufe Informationen und Workshops zu Anti-Rassismus, gewaltfreier Konfliktlösung, gegenseitigem Respekt und Multikulturalität vor. Doch klaffen zu diesem Thema grosse Lücken in den offiziellen Lehrplänen und auch den Lehrerausbildungen. Die Lehrpersonen verfügen über keine Erfahrung im konstruktiven Umgang mit den kultu-

rellen Unterschieden, was im Unterricht zu Vorurteilen und grosser sozialer Distanz zwischen den ethnischen Gruppen führt. Der Report



untersuchte auch, ob Roma Kinder sich mit dem Unterrichtsstoff identifizieren können: in 0,5 Prozent von 1200 Texten in 18 Primarschulbüchern konnten sie etwas über Roma lesen.

Demokratie braucht engagierte und interessierte junge Menschen. Junge Menschen müssen für politische und gesellschaftliche Beteiligung jedoch stets aufs Neue gewonnen und auch ausgebildet werden. Es genügt nicht allein, seine Rechte zu kennen. Die jungen Menschen müssen die Kom-

petenzen, Fähigkeiten und Gelegenheiten erhalten, ihre Rechte einzufordern. Die Jugendarbeit, welche die Stiftung Kinderdorf Pestalozzi zum Beispiel in Mazedonien unterstützt, ermutigt die Jugendlichen, gemeinsam etwas an die Hand zu nehmen, Verantwortung für sich und für die Gesellschaft zu übernehmen; öffentliche Aktionen, Publikationen, Theatervorstellungen, Radiosendungen und Freiwilligeneinsätze oder wie in diesem Projekt aktive Teilnahme an der Erstellung des Schattenberichtes sind Produkte dieser Aktionen.

Die politische Situation

Als 1991 das damalige Jugoslawien in Krieg und Verwüstung stürzte, konnte sich die jugoslawische Republik Mazedonien dem entziehen. 1992 wurde die Republik als neuer Staat anerkannt. Während in den anderen ehemaligen Republiken Jugoslawiens die Bevölkerung entlang ethnischer Identitäten vom Krieg geteilt wurde, blieb das Zusammenleben der Ethnien in Mazedonien unblutig, wenn auch nicht unproblematisch. Rund ein Viertel der Bevölkerung Mazedoniens ist albanischsprachig. Andere wichtige Minderheiten sind die Türken, Roma und Vlach.

Krieg und Zerfall in Kroatien und Bosnien-Herzegowina sowie das Embargo gegen Serbien führten auch in Mazedonien zum wirtschaftlichen und sozialen Niedergang sowie zur politischen Stagnation. Die 90er Jahre gelten zwar als ruhiges, aber auch als verlorenes Jahrzehnt für die „ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“ (FYRoM), wie der Staat offiziell immer noch heisst,

weil sich Griechenland standhaft weigert, den Staatsnamen Mazedonien anzuerkennen.

2001 kam es dann zum offenen Konflikt. Auf dem Hintergrund der wirtschaftlichen Probleme wurde die Ausgrenzung der mazedonisch-albanischen Bevölkerung von Staatsdienst und gleichberechtigter Vertretung zum Krisenauflöser. In der Folge des Nato-Krieges gegen Serbien und durch die so erreichte de-facto Unabhängigkeit des Kosovo, begannen mazedonisch-albanische Rebellen einen bewaffneten Kampf zur Durchsetzung ihrer Rechte. Die anderen Minderheiten gerieten ins Sandwich zwischen der mazedonischen Mehrheit und der albanischsprachigen Minderheit. Vor allem die Roma wurden zum Spielball und Opfer von Manipulationsversuchen beider Seiten. Mit internationaler Vermittlung konnte ein Abkommen erreicht werden („Ohrid Framework Agreement“), das den offenen Konflikt beendete und Verfassungsänderungen zur rechtlichen, wirtschaftli-

chen und sozialen Gleichstellung ethnischen Minderheiten vorsah.

Trotzdem ist Mazedonien ein geteiltes Land, albanisch Sprechende hier, mazedonisch Sprechende dort. Ganze Städte sind getrennt, eine angespannte Atmosphäre herrscht zwischen der mazedonisch und der albanisch-sprechenden Bevölkerung. Sie leben in der gleichen Stadt, in der gleichen Strasse, aber immer auf der andern Seite. Sie gehen in die gleiche Schule, aber zu verschiedenen Zeiten, die einen am Morgen, die anderen am Nachmittag. Sie wohnen zusammen, doch sie leben nicht zusammen. Sie sprechen nicht



miteinander. Und Roma, TürkInnen, SerbInnen, Vlachen und andere sind Minderheiten irgendwo zwischendrin.

Auch im Bildungssystem spiegelt sich der politische Konflikt. Albanisch sprechende und mazedonische sprechende Kinder besuchen getrennte Schulen oder Schulklassen. Diese Trennung baut auf dem Recht auf Bildung in der Muttersprache für ethnische Minderheiten auf. Dabei wurden die strukturellen Probleme, die durch diese Trennung geschaffen werden, ignoriert – auf der Grundlage der sozialistischen Ideologie. Folge dieser Politik ist die Angst voreinander und Misstrauen. Diese Stimmung macht es ethnisch politischen Parteien einfach, die Menschen zu manipulieren und das Land zu destabilisieren. Jüngstes Beispiel sind die Eskalationen bei den Wahlen im Frühling 2008.

Anders zu sein führt oft zu Ausgrenzung. Vorurteile und Hass entstehen aus Unkenntnis der anderen Kultur und den verpassten Möglichkeiten, miteinander zu sprechen, sich mit der eigenen Kultur auseinander zu setzen und in konkreten Begegnungen voneinander zu lernen. Wo Menschen in ihrer Vielfalt und Unterschiedlichkeit nicht dazugehören, da wird der Boden für viele Konflikte gelegt.

Wirtschaftliche Krise, soziale Not und politische Konflikte ergeben ein Umfeld, das Kindern und Jugendlichen kaum Zukunftsperspektiven eröffnet. Statt einem Leben miteinander in einem Staat, der sich demokratische Strukturen gibt und der die Rechte aller BürgerInnen respektiert, wird der Kampf jeder gegen jeden um das tägliche Überleben zum Motto – wenn nicht die Migration nach Westeuropa einen Ausweg aus der Hoffnungslosigkeit öffnet.

Die Roma sind auch in Mazedonien unterdrückt und geächtet. Bis 2001 waren die Roma nicht als ethnische Minderheit (national minority), sondern eine ethnische Gruppe (ethnic group), welche nicht das Recht auf Bildung in der eigenen Sprache hatte. Ihre Ausgrenzung zeigt sich überall in der Gesellschaft: in der Schule, in der Arbeitswelt, beim Wohnen, in der Freizeit. Vorurteil und Wirklichkeit tragen unterschiedliche Namen: Die Mehrheitsbevölkerung kennt diejenigen, die sich selbst als „Roma“ bezeichnen, vor allem als „Zigeuner“ oder „Fahrende“.

Kinderrechte

Am 20. November 1989 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die UN-Konvention über die Rechte des Kindes. Alle Kinder auf der Welt erhielten damit verbrieft Rechte - auf Überleben, Entwicklung, Schutz und Beteiligung. Die Kinderrechtskonvention formuliert weltweit gültige Grundwerte im Umgang mit Kindern, über alle sozialen, kulturellen, ethnischen oder religiösen Unterschiede hinweg. Und sie fordert eine neue Sicht auf Kinder als eigenständige Persönlichkeiten.

Alle Staaten mit Ausnahme der USA und Somalias haben die Konvention ratifiziert. Die 54 Artikel der Konvention verknüpfen erstmals politische Bürgerrechte, kulturelle, wirtschaftliche und soziale Rechte der Kinder in einem völkerrechtlich bindenden Vertrag. Schutz und Hilfe für Kinder sind damit nicht mehr allein von Mitgefühl oder Moral abhängig, sondern die Staaten verpflichten sich, alles zu tun, um Kindern menschenwürdige Lebensbedingungen zu bieten.

Während über den Alltag der Roma wenig bekannt ist, sind Klischees über „Zigeuner“ weit verbreitet. Sie gelten als verdächtig und unheimlich. Ihnen wird nachgesagt, zu betteln und auf Kosten anderer Leute zu leben. Roma stossen auf mehr Abneigung als jede andere Minderheit.

Alle fünf Jahre müssen die Unterzeichnerstaaten vor dem UN-Komitee über die Rechte des Kindes Rechenschaft ablegen. In vielen Ländern haben sich Nichtregierungsorganisationen zu Nationalen Koalitionen für Kinderrechte zusammengeschlossen, die den Regierungsbericht kritisch kommentieren. Allerdings gibt es keine übergeordnete Instanz, die die Staaten zur Einhaltung ihrer Verpflichtung zwingen könnte. Auch begründet die Konvention keine von Einzelnen einklagbaren Rechtsansprüche. Dieser regelmässige Dialog zwischen Staaten, dem UN-Komitee und den Zivilgesellschaften ist Fürsprache und Lobbying auf höchster Ebene. Er bietet den Verantwortlichen zur Verwirklichung der Kinderrechte durch konstruktive Kritik und praktische Empfehlungen Unterstützung in ihrer Aufgabe.

Weitere Informationen | www.netzwerk-kinderrechte.ch

Der Ausblick

Die Verantwortung für die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte des Kindes und die Schaffung geeigneter gesetzlicher Rahmenbedingungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Kinder und Jugendlichen liegt in erster Linie bei der Politik und den Regierungen der jeweiligen Länder. Den Nicht-Regierungsorganisationen wird jedoch in der Konvention über die Rechte des Kindes eine spezielle Rolle zugewiesen. Sie sollen unter anderem den erforderlichen Regierungsbericht über die Umsetzung der Konvention kritisch begleiten und sind aufgefordert, mit einem eigenen Bericht, dem so genannten Schattenbericht, Stellung zuhanden des zuständigen UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes zu nehmen.

Die Stiftung Kinderdorf Pestalozzi nimmt ihre Verantwortung als international tätiges Schweizer Kinderhilfswerk wahr und setzt die Prinzipien und Bestimmungen der Kinderrechtskonvention in der Organisation und ihren Programmen um. Die vier Prinzipien der Kinderrechtskonvention sind: Das Recht auf Überleben und Entwicklung, das Recht auf Nicht-Diskriminierung respektive Gleichbehandlung, das Wohl des Kindes und das Recht auf Partizipation und Anhörung. Das übergeordnete Ziel dieser Programmgestaltung ist, dass alle Kinder und Jugendliche ihre Rechte ausüben und in einer Gesellschaft leben können, welche ihre Rechte anerkennt und respektiert.

Die Stiftung Kinderdorf Pestalozzi setzt sich für die Bekanntmachung der Kinderrechte ein. Sie vernetzt sich mit anderen Akteuren, die im Bereich Kinderrechte aktiv sind und ist ein aktives Mitglied des Netzwerks Kinderrechte Schweiz, welches sie

massgeblich mit aufgebaut hat. Entsprechende Zusammenschlüsse fördert sie auch in den Ländern, in denen sie tätig ist.

Mit den Schwerpunkten Interkulturelle Bildung und Schulbildung für Roma Kinder und Jugendliche unterstützt die Stiftung Kinderdorf Pestalozzi bereits Projekte in Mazedonien, welche Jugendliche stärken, dass sie sich für ihre Rechte einsetzen und fordern, was ihnen zusteht. In diesen Projekten werden nicht nur Minderheiten gestärkt, sondern auch die Mehrheitsbevölkerung, Behörden und Politik sensibilisiert.

juni 2009, wud

Partnerorganisation

Partnerorganisation der Stiftung Kinderdorf Pestalozzi in diesem Projekt ist SEGA, eine Vereinigung von 28 Jugendorganisationen aus ganz Mazedonien. SEGA ist führend in der Koordination und Planung einer Jugendstrategie in Mazedonien. Weitere Schwerpunkte sind Bildung und Gesundheit. Im vergangenen Jahr 2008 hat SEGA den Prozess zur Umsetzung der Jugendstrategie initiiert. Der Aktionsplan wird im Moment von der Regierung geprüft.

Schweizer Partnerin der Stiftung Kinderdorf Pestalozzi ist die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA).

Weitere Projekte in Mazedonien:
121 | Schulbildung für Roma
122 | Interkulturelle Bildung für Jugendliche